Die Kannibalisierung der Industriegesellschaft

geschrieben von AR Göhring | 17. September 2021

von Jo Illge

Unter Industriegesellschaft verstehen wir hier eine Gesellschaft, die eine stabile Wasser- und Energieversorgung für alle etabliert hat und über ein leistungsfähiges Transportsystem verfügt. Alle Länder Europas kann man als solche bezeichnen.

In einer solchen Gesellschaft wird eine hohe Spezialisierung des Einzelnen benötigt. Und um diese praktisch auch umsetzen zu können, muß man sich aufeinander verlassen können. Voraussetzung einer solchen Gesellschaft ist Zuverlässigkeit und Vertrauen.

Eine solche Gesellschaft verfügt auch über eine hochwertige technische Infrastruktur, die geschützt und gepflegt werden muß. Ohne daß es irgendwo explizit aufgeschrieben ist, funktioniert eine solche Gesellschaft im Wesentlichen durch Zusammenarbeit oder Kooperation.

Dieses Bild wird heute absichtlich getrübt. Das liegt daran, daß es uns zu gut geht, und der Wettbewerb oder Konkurrenzkampf in der öffentlichen Wahrnehmung stark überbetont wird. Die allerwichtigsten Elemente der Infrastruktur, die Netze, können nicht im Wettbewerb stehen, weil man sie nicht mehrfach vorhalten kann. Nur untergeordnete Elemente, die mehrfach vorhanden sind, wie Kraftwerke, Fahrzeuge oder Ähnliches können im Wettbewerb stehen, niemals aber das Schienennetz, das Straßennetz oder das Stromnetz.

Leider wird die Marktwirtschaft gerne von Freunden des Kampfes als gnadenloser Konkurrenzkampf dargestellt, und daraus wird abgeleitet, daß Kampf und Gegensatz das wichtigste Grundprinzip der modernen Industriegesellschaft ist. Ist es aber nicht.

Warum scheitern gerade in neuester Zeit soviel Großprojekte in Deutschland, die nur noch mit Mühe und den zehnfachen Kosten zum Abschluss gebracht werden können? Sie scheitern unter anderem auch, weil man die Zusammenarbeit verlernt hat.

Durch die breite Einbeziehung der Bevölkerung in größere Projekte war es früher nicht möglich, Projekte durch Fehlinformationen zu stören, da es zu viele Menschen gab, die Bescheid wussten. Heute geht das wunderbar mit den wenigen Beteiligten. Ausufernde Regelungen zum Umweltschutz, die teilweise jeder Wirkung entbehren, kommen hinzu.

Man kann die Vergangenheit nicht schönreden, auch in der Geschichte musste immer ein Interessenausgleich für alle Partner gefunden werden,

für Lokale und übergeordnete Behörden, Bevölkerung, Industrie und Infrastruktur. Das Grundprinzip blieb immer noch gültig: Spezialisten brachten sich in die Industriegesellschaft ein, es herrschte hauptsächlich Sacharbeit, Vertrauen und Interessenausgleich.

Auf dem Höhepunkt der letzten industriellen Periode in Deutschland war schließlich auch das Geld vorhanden, um den Umweltschutz voranzubringen. Luft- und Gewässerqualität wurden nun dramatisch verbessert.

Hier kommt nun wieder der Kampf ins Spiel. Die professionellen Schützerverbände verbuchten diese Erfolge bei Luft und Wasser ihrem Kampf – und nicht einem gesellschaftlichen Konsens. Zu diesem Zeitpunkt war das vielen egal, verständlicherweise, es gab Erfolge, und nur das zählte. So ließ man den Grünen ihre falschen Kausalketten durchgehen. Die Allgemeinheit hatte nicht verstanden, mit wem man es hier zu tun hatte, und nicht worum es ging. Die Grünen wollten damals nichts weiter als Macht, und mit ihrem ersten kleinen Betrug hatten sie gemerkt, daß die Gegenwehr bei dieser kleinen Umdeutung gering war, denn die Öffentlichkeit setzte noch auf Kooperation. Ein solcher Geist herrschte unausgesprochen bei allen Partnerschaften, und wenn dieser Geist nicht herrschen konnte, so kam auch meistens nichts zustande.

Eindringen

Die grünen Kämpfer lernten, daß sie einem wehrlosen Staatsapparat gegenüberstanden. Der war durch einen verlorenen Krieg weichgespült, und wollte nichts falsch machen. Also in kleinen Schritten zur Macht. Nichts war leichter, als die Machtspiele weiter zu treiben und sich im inneren dieses Apparates bequem einzurichten. Durch Ausnutzung von Schutzthemen und der Empfänglichkeit der Menschen dafür brachte man sich immer wieder positiv ins Gespräch, und schon das genügte. Dem Willen der grünen Aktivisten zur Macht konnte der Beamtenapparat nichts entgegensetzen, er blieb loyal und diszipliniert.

Sacharbeit lahmlegen

Grün wurde gewählt, da sie sich als die Retter der Natur aufspielten. Das waren sie auch einmal, wenigstens wollten Sie das sein. Irgendwann waren Grüne auf Ministerposten angekommen.

Damit war dann der Grabenkrieg in den meisten Ministerien eröffnet, die einen politisch generierten Chef bekamen. Parteifreunde müssen auch bedacht werden, was liegt näher als seine Freunde dann in der nächsten Führungsebene einzuschleusen. Facharbeit wollten die politischen Nummern nicht machen, so blieb meistens die personelle Basis unten verschont. Die Tagesarbeit wurde nach wie vor erledigt. Eine solche Verwaltung erledigt das mit Mühe, kann aber strukturelle Probleme nicht mehr erkennen und sich der wandelnden Wirklichkeit nicht mehr anpassen. An echten Problemen ist ein solcher Apparat nicht interessiert und beschäftigt sich irgendwann nur noch mit sich selbst.

Restarbeit auslagern

Bei der Frage, wer genau jetzt die Sacharbeit leistet, kommen wir in Deutschland zu weiteren überraschenden Erkenntnissen. Der Staat hat unter anderem die Aufgabe, die technische Sicherheit zu gewährleisten, die sich aus den Risiken der Infrastruktur ergeben. Ein typisches Beispiel ist die Prüfung von Dampfkesseln in Kraftwerken. Das macht in Deutschland aber keine Behörde, sondern ein Verein, der TÜV. Wie wird diese etwas seltsam anmutende Verschiebung von wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben in Vereine erklärt? So:

> „Der Staat ist dafür verantwortlich, daß es passiert, und solange solche Vereine die Prüfarbeit machen, ist das OK.“

– Staunen.

Aber ein Mitarbeiter eines technischen Überwachungsvereins kann lediglich feststellen, ob eine technische Einrichtung den geltenden Regeln entspricht oder nicht. Er hat keinerlei gesetzgebende Befugnis, und ist auch nicht verpflichtet, den staatlichen Stellen mitzuteilen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Wie stellt man sich also vor, dass die gesetzlichen Vorschriften entwickelt und angepasst werden, so daß sie dem Entwicklungsstand in der Industrie entsprechen?

Das stellt man sich in diesem Szenario, wo man als Behörde erfolgreich Sacharbeit abgewimmelt hat, überhaupt nicht vor, und damit stellt sich der Staat in technischen Fragen selbst ins Abseits. Die entsprechenden Ämter und Behörden können sich weiter um sich selbst kümmern.

Bürokratie schaffen

Ein weiterer Sargnagel für die Industrie wird geschmiedet. Die von der Wirklichkeit abgekoppelten Behörden erschaffen dennoch neue gesetzliche Vorgaben. Die haben meistens mit technischer Sicherheit nicht viel am Hut, dafür fehlt ihnen die Kompetenz. Deshalb werden immer mehr Vorschriften zum Umweltschutz erfunden, das entspricht auch den Ambitionen der Leitung wichtiger Behörden politisch ganz gut. Niemand dieser Schutzbeauftragten muss nachweisen, daß sein Schutzgut tatsächlich schutzbedürftig ist, nein, schon die Nennung des Zauberwortes „Umweltschutz“ macht ihr Vorhaben unangreifbar.

Die politisch gekaperten Behörden sind skatmäßig gesprochen einfach in der Vorhand, und nutzen das schamlos aus. Die Industrie wird genötigt, für immer kleinere Veränderungen Anträge zu stellen, und bekommt eine kleinliche Bürokratie übergestülpt. Nicht dass diese Anträge pünktlich und sachgerecht abgearbeitet werden, dazu reicht der Horizont der Behörde nicht aus. Innovationen werden so abgewürgt, und die Infrastruktur muss auf wichtige Neuerungen flächendeckend verzichten. Überall stapelt sich Papier, und nichts wird besser.

Technologien selektieren

Es könnte natürlich sein, daß irgendjemand einmal laut ausspricht, was hier geschehen ist. Die fachliche Inkompetenz der politisch verwahrlosten Behörde könnte zutage treten. Auch an diesen Angriff haben die Machtmenschen längst gedacht, und Vorsorge getroffen. Wenn eine nicht zu Ende geführte Baustelle erkannt und kritisiert wird, macht man einfach das nächste Fass auf.

Die nächste Waffe ist die Indexliste von technischen Lösungen, die man nun glatt ablehnt. Institute, die „plötzlich“ Gefährdungspotentiale entdecken, finden sich. Da der Weg in die Inkompetenz nicht zu stoppen ist, wird die Indexliste immer länger.

Kernkraftwerke, Kohlekraftwerke, Gentechnik, Tierzucht, Chemikalien etc. Die Vorlagen dazu schreiben die Kämpfer in den NGOs außerhalb.

Technologien kriminalisieren

Obwohl man die genannten Industrien eigentlich benötigt, weil sonst die Versorgung zusammenbricht, wird diese Liste täglich länger. Niemand wirft die geballte Inkompetenz aus den Behörden heraus. Das hat die Invasoren ermutigt, nun die nächste Eskalationsstufe zu zünden: die Verkündung der Klima Katastrophe und zu ihrer Abwendung den Beschluss der De-Karbonisierung mithilfe einer Energiewende. Für Verkündungen braucht man aber Partner.

Hier treten nun die Medien auf den Plan, denn um ganze Industriezweige zu kriminalisieren, wird eine leistungsfähige Propagandamaschine benötigt. Es stehen genügend Journalisten bereit, die in Verbänden von Berufsschützern erzogen worden sind, und niemals eine Kilowattstunde Energie erzeugt oder ein vernünftiges Produkt zusammengeschraubt haben, außer vielleicht ein Billy-Regal.

Sie posaunen die Klimakatastrophe in die Leserschaft hinaus: Eine gefährliche, immer schneller werdende Erwärmung durch das von Kraftwerken und Verbrennungsmotoren freigesetzte Kohlendioxid, welches ewig lange in der Atmosphäre verweilt. Immer schnellerer Anstieg des Meeresspiegels. Hitzewellen. Kein Schnee mehr in Mitteleuropa. Mehr Wirbelstürme. Immer höhere Schäden durch Wetterereignisse. Nur das letzte ist richtig, Versicherungen zahlen mehr aus, aber nicht, weil das Wetter verrücktspielt, sondern weil es einfach mehr versicherte Häuser und Sachwerte gibt. Alles davor Genannte ist falsch. Das Klima ändert sich über lange Zeit, aber niemals gefährlich schnell.

Schuld an der herbeigeredeten Katastrophe sind angeblich die Ölmultis und die Energieriesen. Böse Unternehmen, die nur wegen ihres Profites die Welt zerstören. Daß diese Unternehmen uns jeden Tag mit Energie und Material versorgen, interessiert die Schreiberlinge nicht. Die in die Ministerien eingedrungenen Invasoren spielen sich die Bälle mit den NGO zu, und sichern diesen die Finanzen. Damit wird Bürgernähe simuliert.

Die NGOs gehen zu professionellen Methoden beim Geldsammeln über, wie man neuerdings an ihren Bettelplakaten in der Öffentlichkeit leicht erkennen kann.

Die grün angehauchten Journalisten reden von Fossilien und Dinosauriern, wenn sie Energieversorger meinen, und niemand stellt sich vor die Kraftwerke und ihre Personale, um sie gegen diese unhaltbaren Vorwürfe zu verteidigen. Energieversorger, die in kommunalem Besitz sind, und deren Anteile, die nicht selten die Altersvorsorge von Malochern im Ruhrgebiet darstellen, werden öffentlich als kriminell dargestellt, und Ihre Kraftwerke nach Gusto der Regierung abgestellt. Investitionsschutz? Fehlanzeige. Schutz der öffentlichen Infrastruktur? Wozu, klappt doch alles noch.

Niemand schreitet ein oder mahnt zur Besonnenheit, wenn ganze Industriezweige und Sparten der Infrastruktur plötzlich öffentlich kriminell geredet werden. Eine unglaubliche Arroganz der Medien und Machthaber. Die haben keine Zeit für solchen Kleinkram, und retten die Banken Griechenland, die Welt und das Klima. Kompletter Realitätsverlust. Im Parlament auf die Ölmultis schimpfen, und dann schnell noch tanken fahren.

Die Logik der Macht

Und was tut die Industrie? Sie kuscht immer wieder und geht in Deckung, sie heulen mit den Grünen mit und lassen ihre Werbeagentur grüne Streifen in die Prospekte malen. Kein Schimmer von Gegenwehr. Aber das Prinzip Hoffnung greift hier nicht. Ist eine Unternehmenssparte kaputt, muss die Show weitergehen, also sind die nächsten dran. Regierung und Parlament sind unübersehbar vom grünen Wahn befallen, sonst wäre das unmöglich.

Warum tun sie das, fragt man sich, langsam müsste ihnen ihr Zerstörungswerk doch dämmern. Die Antwort ist simpel: weil sie die Funktion des Ganzen ohnehin nie verstanden haben, und außerdem nichts anderes können. Ihr ganzer Ideenreichtum wird gebraucht, sich um sich selbst und die Rechte von Randgruppen zu kümmern. Die normale Sacharbeit ist wäre ja langweilig und bringt keine Schlagzeilen. Kritik wird durch Diffamierung der Kritiker beantwortet. Der Grips der Abgeordneten reicht gerade noch, und um sich noch weitere Gängelungen für die Industrie auszudenken. Wichtige Vertragswerke werden ohnehin von Anwaltskanzleien vorbereitet.

Hört man die Kanzlerin zu Erwachsenen reden wie zu Vorschulkindern, weiß man um die geistige Beschaffenheit der Regierung. Dass auch der Schutz der Bürger und der Infrastruktur zur Aufgabe der Regierung gehört, weiß in Berlin keiner mehr. Daß Ruhe und Ordnung Voraussetzungen sind für eine Gesellschaft mit hochentwickelter Infrastruktur, wird durch den Justizminister ad absurdum geführt. Der ruft öffentlich zum Kampf gegen 1/3 des politischen Spektrums auf!

Letztendes ist es unsere eigene Schuld. Lange hat man die Parteien machen lassen, und keiner hat sich die zahlreichen Kritiken der Fachverbände richtig angesehen. Der Masterplan Verkehr, eine Lachnummer. Trotz Wirtschaftsflaute großflächige Staus. Mit dem Zerbröseln der Infrastruktur merken wir, dass die Kannibalisierung Deutschlands in die vorletzte Runde geht. Niemand ist sicher, ob er das nächste Ziel wird. Wir müssen uns leider schnell einen neuen Politikanbieter suchen, ehe uns die Rettungsmafia in ihrem Machtrausch filetiert hat. Dieser Anbieter sollte etwas davon verstehen, wie hochentwickelte Gesellschaften funktionieren. Wie, wurde am Anfang des Artikels schon erklärt.

Durch vertrauensvolle ZUSAMMENARBEIT.